

BKV-Verträge: Satte Mehrheit für Fortführung

Tourismuskonzept als Chance und Hürde

Von Harald Holzmann

Baden-Baden – Der Gemeinderat hat gestern bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen für die Fortführung der 2020 auslaufenden sogenannten BKV-Vereinbarung aus dem Jahr 1995 gestimmt, die die finanzielle Förderung der Kurstadt durch das Land regelt.

Demnach wird Baden-Baden wegen seiner besonderen touristischen Bedeutung für den Betrieb von Philharmonie und Theater sowie den Erhalt der Grünanlagen wie bisher bis 2025 jährlich vom Land mehr als zehn Millionen Euro bekommen. Die Vereinbarung wird danach um weitere fünf Jahre verlängert, wenn die Stadt bis 2023 ein nachhaltiges, tragfähiges Tourismuskonzept vorlegt, das mit der Tourismus Marketinggesellschaft des Landes und der Region gemeinsam entwickelt wurde.

Wer darüber entscheidet, ob

dieses Konzept tragfähig und nachhaltig genug ist und was geschieht, wenn sich Land und Stadt darüber nicht einig werden, das war Gegenstand von Nachverhandlungen der Landtagsabgeordneten Tobias Wald (CDU) und Beate Böhlen (Grüne) in den vergangenen Wochen. Resultat dieser Gespräche mit dem Finanzministerium sind mehrere Konkretisierungen im Vertragstext. So heißt es dort nun, dass die Stadt die Verhandlungspartner in der Region über das Konzept nur „ins Benehmen setzen“ muss. Das heißt konkret: Eine Zustimmung der Partner ist nicht nötig. Ursprünglich war ausdrücklich eine „Abstimmung“ mit den Verhandlungspartnern gefordert worden. Zudem bekommt das Land nun eine Frist von sechs Monaten gesetzt, das Konzept abzulehnen oder zuzustimmen. Verstreicht diese Frist, gilt die Verlängerung der Vereinbarung automatisch.

Das Tourismuskonzept war



Auf dass die Kurstadt weiter blüht: Der Gemeinderat hat der BKV-Vereinbarung über die finanzielle Förderung durch das Land zugestimmt.

Foto: Zeindler-Effer

gestern der größte Diskussionspunkt im Gemeinderat. Rolf Pilarski (FDP) und Martin Ernst (FBB) machten ihre Skepsis deutlich. „Welchen Einfluss will das Land auf die touristische Vermarktung der Stadt nehmen?“, fragte der Liberale. Und Ernst sah darin gar den Anfang vom Ausstieg des Landes aus der ursprünglichen Vereinbarung. „Wehret den Anfängen“, sagte er.

Böhlen dagegen betonte, sie sehe das Tourismuskonzept als „Riesenchance“, mit der die Stadt den Mehrwert, den sie für das gesamte Land bringe, untermauern könne. Auch Kurt Hochstuhl (SPD) sagte, er

habe keine Angst davor, dass die Stadt kein nachhaltiges Konzept vorlegen könne. „Wir wissen, dass wir gut sind – also stellen wir es unter Beweis“, stimmte Reinhilde Kailbach-Siegle (CDU) zu. Und auch Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) begrüßte das Ergebnis der Nachverhandlungen.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen berichtete von schwierigen Gesprächen mit einer „beinharten Finanzministerin“. In Stuttgart bestehe durchaus die Erwartungshaltung, dass sich Baden-Baden selbstständig um seine Aufgaben kümmern solle. Das Tourismuskonzept werde nun die

Bedeutung der Stadt für das Land herausarbeiten – als Begründung für die Fortführung der Unterstützung durch das Land. Es gebe keine Stadt, die so eng verbunden sei mit dem Land wie Baden-Baden. „Wir wollen das Land einladen, mitzutun“, forderte sie eine möglichst breite Zustimmung zu dem Vertragswerk.

Diese wäre ohne die Nachverhandlungen von Böhlen und Wald übrigens nicht zustande gekommen. CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin machte klar, dass seine Fraktion der ursprünglichen Fassung des Vertrages nicht zugestimmt hätte.